

Personen

Alexandre Delacoux, der derzeitige Geschäftsführer des Bureau of International Recycling (BIR), rückt – wie bereits berichtet – am 1. September 2013 als Generaldirektor an die Spitze der Organisation. Er trat im Oktober vergangenen Jahres in die Brüsseler Verbandszentrale ein und hat dort bereits nach und nach Verantwortlichkeiten übernommen. Delacoux war zuletzt als Executive Director der European Biopharmaceutical Enterprises (EBE), des europäischen Verbands der biopharmazeutischen Unternehmen, tätig. Als Generalsekretär von Micropower Europe hatte er zuvor zur Weiterentwicklung des Profils des Erneuerbaren-Energien-Sektors beigetragen und dessen Positionen bei Legislativverfahren eingebracht. Darüber hinaus war er nahezu ein Jahrzehnt lang für Du Pont de Nemours tätig. Seine Arbeitssprachen sind Französisch, Englisch und Deutsch, darüber hinaus spricht er fließend Griechisch. Delacoux studierte am Graduate Institute of International and Developmental Studies in Genf und hat einen Abschluss in International Relations and International Economics. Beim BIR wird er Nachfolger von Francis Veys, der in den Ruhestand geht, der dem Weltrecyclingverband als Berater aber weiter zur Verfügung stehen wird.

Expertenberichte zum internationalen Alttextilmarkt

Auf dem Alttextilmarkt hat der Preis für Originalsammelware seinen Höhepunkt erreicht. Diese Auffassung vertrat Olaf Rintsch, Präsident der Textil-Division des Bureau of International Recycling (BIR), bei der Frühjahrstagung der Organisation Ende vergangenen Monats in Shanghai. Bei sortierter Ware würden sich die Lager in den Absatzmärkten inzwischen füllen, und aus einzelnen Märkten gebe es bereits Stimmen, dass man zu dem derzeitigen Preisniveau keine Ware mehr kaufen möchte, da der Absatz schlecht sei.

Bei Schuhen verzeichnete Rintsch ebenfalls eine rückläufige Nachfrage, während Federbetten weiterhin gut abzusetzen seien. Auch Putzlappen ließen sich weiterhin gut verkaufen. Allerdings seien die Recycling-Sorten noch weit von einer Kostendeckung entfernt.

Mit Blick auf den verstärkten Zugriff deutscher Kommunen auf die Sammelware warf Rintsch die Frage auf, was passieren wird, wenn der Markt zusammenbricht oder auch nur auf ein normales Niveau sinkt. Die Abfallentsorger würden den Markt nicht kennen. Wenn die Ware unverkäuflich werde, müsse dann der Bürger für die Entsorgung bezahlen? Die privaten Textilrecycler hätten dies immer verhindert. Man solle ihnen Platz zum Leben lassen und ihnen nicht die Möglichkeit nehmen, an Original-Sammelware zu gelangen. Wäre nicht ein Miteinander sinnvoller als das Zerstören einer Branche, fragte Rintsch. Die Politik solle überlegen, ob sie dem Bürger wirklich nur noch eine Entsorgungsmöglichkeit für seine alten Textilien bieten möchte. Wenn die Betriebe nicht mehr in der Lage seien, Originalware zu realistischen Preisen zu bekommen, würden Zehntausende Menschen ihre Arbeit verlieren und wahrscheinlich auch keine neue finden, da es für sie sehr schwer sei, sich neu zu orientieren. Am Ende stünde der Steuerzahler wieder in der Pflicht. Rintsch spricht sich für ein Miteinander von karitativen, gewerblichen sowie staatlichen oder halbstaatlichen Akteuren aus. Keine Seite dürfe von der Gesetzgebung bevorzugt werden.

Mehdi Zerroug von der Framimex SA in Frankreich berichtete von einer anhaltenden Schwäche der gesammelten Menge an Originalware sowie vermehrten Diebstählen aus den Containern, aus den Lagern und durch die Umleitung von Material, das für die Sammlung bereitgestellt wurde. Selbst ganze Container würden entwendet. Ein weiteres Problem sei das wilde Aufstellen von Containern ohne Zustimmung des Grundstückseigentümers.

Zwischen 2011 und 2012 ging laut Zerroug das französische Aufkommen an Original-Sammelware aus Containern um 10 bis 15 Prozent zurück. Das schwache Aufkommen in den ersten Monaten des laufenden Jahres habe angehalten. Gleichzeitig hätten die Kosten weiter angezogen. Die erhöhten Sammelkosten ließen sich jedoch durch höhere Verkaufspreise für die Original-Sammelware kompensieren.

Im Vereinigten Königreich gerieten nach Angaben von Alan Wheeler von der Textile Recycling Association infolge der hohen Einkaufspreise einige Betriebe in wirtschaftliche Schwierigkeiten. Im Januar sei offensichtlich geworden, dass sechs etablierte Unternehmen nicht mehr am Markt waren. Im letzten Jahr habe der Verband mehr als zehn Prozent seiner Mitglieder verloren. Nachdem derart viele Unternehmen in Konkurs gegangen waren, habe sich im Januar für kurze Zeit eine Überversorgung ergeben, so dass die Preise über alle Sorten um rund 80 Dollar pro Tonne fielen und seither auf diesem Niveau stabil blieben.

Trotz dieses Rückgangs sei gebrauchte Kleidung aber weiterhin ein Rohstoff von hohem Wert und Ziel krimineller Aktivitäten. Daher sei die Ankündigung der Finanzbehörde zu begrüßen, eine spezielle Task Force einzurichten, um sich der Steuerangelegenheiten angeblicher Textilrecyclingunternehmen anzunehmen. Gleichzeitig bemühten sich die Polizei und das Nationale Betrugs-Informationsbüro um weitere Aufklärung.

Der weltweite Bedarf an Gebraucht Kleidung ist nach Darstellung von Klaus Löwer, Ehrenpräsident der Textil-Division des BIR, noch größer als die erfasste Menge. Durch den daraus resultierenden Kampf um die Sammelware ergebe sich bei Second-Hand-Kleidung eine Preisentwicklung, mit der die verfügbaren Einkommen in vielen Ländern nicht mithalten könnten. Löwer sieht noch kein Ende der starken Nachfrage nach unsortierten Alttextilien, so dass die Margen unter großem Druck stünden. In der Folge seien weitere Betriebsschließungen zu erwarten. Auch in Japan wird laut Löwer ein Mangel an Originalware beklagt. Von September letzten Jahres bis April 2013 soll das Aufkommen um 20 Prozent zurückgegangen sein.

„Die haussierende Originalware ist keine gesunde Entwicklung für das Textilrecycling, weder für Sammel- noch für

Sortierbetriebe“, sagte Löwer. Wenn diese Marktlage bei Originalsammelware noch länger Zeit anhalten sollte, werde es zu erheblichen Kapazitätsverlusten bei traditionellen Textilrecyclern kommen.

Strukturwandel des Kunststoffrecyclings durch chinesische Green-Fence-Politik

Import von Produktionsabfällen und aufbereiteten Abfällen

Die Durchsetzung der Qualitätsanforderungen für importierte Kunststoffabfälle in Rahmen der seit Februar laufenden Green-Fence-Politik könnte grundlegende Änderungen der chinesischen Kunststoffrecycling-Wirtschaft zur Folge haben. Diese Auffassung vertrat Steve C. K. Wong bei der Frühjahrstagung des Bureau of International Recycling (BIR) Ende Mai in Shanghai. Wong ist Geschäftsführer der Fukutomi Company Limited mit Sitz in Hong Kong und Präsident des chinesischen Kunststoffrecycling-Verbands.

Neben dem Importverbot für bestimmte Kunststoffabfälle wie Big Bags, gemischte Kunststoffe aus Haushalten, LDPE-Folien, PET- und HDPE-Flaschen, aber auch metallhaltige Elektroaltgeräte und Polycarbonat aus CD und DVD gibt es eine Reihe von Maßnahmen, die auf innerchinesische Strukturen gerichtet sind. So ist der Handel von Importlizenzen inzwischen verboten, und der importierte Kunststoffabfall muss an genau an jene Fabrik geliefert werden, die laut Importlizenz zur Einfuhr berechtigt ist.

Wong geht davon aus, dass das Recycling von Kunststoffen in China mehr und mehr standardisiert und bestimmten Zertifizierungen unterworfen wird. Die Verarbeitung von Post-Consumer-Kunststoffabfällen als Geschäftsfeld könnte an Bedeutung verlieren, und die Beschaffung von Kunststoffabfällen könnte zunehmend schwieriger werden. Lieferanten aus Übersee sähen sich bereits nach alternativen Märkten wie Malaysia, Vietnam, Indochina und Taiwan um. Um zu überleben, hätten sie begonnen, Post-Consumer-Kunststoffabfälle bereits vor Ort zu recyceln und zu Sekundärrohstoffen zu verarbeiten. Neben diesen aufbereiteten Abfällen könnte der Import von Produktionsabfällen und von Abfällen technischer Kunststoffe an Bedeutung gewinnen.

Die chinesischen Verarbeiter sehen sich laut Wong durch die neue Politik erhöhten Materialkosten gegenüber. So habe China bisher gemischte Kunststoffabfälle für 2.800 RMB pro Tonnen (ca. 360 €) importiert. Sortieren, Waschen, Mahlen hätten noch einmal 1.000 RMB (ca. 130 €) gekostet. Für Mahlgüter müssten die Betriebe hingegen 5.300 RMB (ca. 680 €) bezahlen, was einen Anstieg um fast 40 Prozent bedeute. Dies habe eine sinkende Wettbewerbsfähigkeit beim Export von Produkten zur Folge. Wong hält es für möglich, dass ein Teil der Händler das Kunststoffgeschäft nicht mehr weiter betreiben wird. Halten könnten sich nur solche Recycler, die gleichzeitig Fertigerzeugnisse verkauften.

Hintergrund der Green-Fence-Politik mit ihren Importbeschränkungen sind laut Wong die Kosten der sich rasch verschlechternden Umwelt, die sich aus dem hohen Wirtschaftswachstum ergeben. Es werde Jahrzehnte oder gar ein Jahrhundert dauern, bis die Schäden beseitigt sind. Einen weiteren Grund für die Green-Fence-Politik sieht Wong in der schwungvollen Entwicklung der chinesischen verarbeitenden Industrie sowie der Eisen- und Metall-Gewinnung mit natürlichen Rohstoffvorkommen in China.

Personen

Die Mitglieder der Fachsparte Altpapier im Bureau of International Recycling (BIR) haben in der vergangenen Woche in Shanghai den bvse-Vizepräsidenten Reinhold Schmidt zu ihrem neuen Präsidenten gewählt. Schmidt tritt die Nachfolge von Ranjit Singh Baxi an, der als neuer Schatzmeister des Weltrecyclingverbandes nicht mehr für den Vorstand der Paper Division kandidierte, teilte der Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung (bvse) mit. Reinhold Schmidt ist geschäftsführender Gesellschafter des mittelständischen Entsorgungsunternehmens RKS-Recycling Karla Schmidt im niedersächsischen Haren/Ems. Neben seiner Funktion als bvse-Vizepräsident steht er auch dem Fachverband Papierrecycling vor. Schmidt ist seit langem Mitglied im BIR und war in den vergangenen sieben Jahren Vizepräsident für Deutschland in der BIR Paper Division. Zum Generalsekretär der Fachsparte Altpapier im BIR ernannte er Thomas Braun, der diese Position bereits seit 2002 innehat. Der 51-Jährige ist Geschäftsführer im bvse. Zusätzlich zu seinen Funktionen im BIR und beim bvse vertritt Braun die Interessen der deutschen Altpapierentsorgungswirtschaft als Vorstandsmitglied im europäischen Altpapierverband European Recovered Paper Association (ERPA) in Brüssel.

Gleichfalls in Shanghai ist Olaf Rintsch, Geschäftsführer der Hamburger Textil Recycling K. & A. Wenkhaus GmbH, als Präsident der Textilsparte des Bureau of International Recycling (BIR) in seinem Amt bestätigt worden. Rintsch übt das Amt bereits seit sechs Jahren aus, teilte der bvse mit. Rintsch war bis zum Herbst 2011 sechs Jahre lang Mitglied im Vorstand des Fachverbandes Textil-Recycling (FTR).

Personen

Francis Veys, Generaldirektor des Bureau of International Recycling (BIR), geht zum 31. August in den Ruhestand. Er leitet die Geschäftsstelle des Welt-Recyclingverbands in Brüssel seit mehr als 30 Jahren. Nachfolger ist Alexandre Delacoux, der derzeitige Geschäftsführer des BIR.

China: Im Jahr 2012 nur geringe Anzahl beanstandeter Importe

Unternehmen, die Sekundärrohstoffe nach China exportieren, verzeichnen durch die Green-Fence-Politik der neuen Regierung derzeit strenge Kontrollen ihrer Lieferungen. In den drei zurückliegenden Jahren war die Quote der beanstandeten Chargen, die China erreichten, jedoch eher gering. Im Jahr 2010 lag sie bei 0,06 Prozent und 2012 bei 0,08 Prozent – in absoluten Werten sind es 159 bzw. 228. Diese Zahlen nannten Ciu Lei, stellvertretender Direktor der China Certification and Inspection Group (CCIC) bei der Frühjahrstagung des Bureau of International Recycling (BIR) in der vergangenen Woche in Shanghai.

Lei, der an der TH Aachen studierte, betonte, die Einfuhrkontrollen Chinas bei Abfällen dürften nicht als Protektionismus verstanden werden. Recycling-Abfälle seien für sein Land wichtig, da sie dazu beitrügen, Ressourcen zu schonen.

CCIC erteilte im Jahr 2010 für den Export von Sekundärrohstoffen nach China 253.671 Zertifikate. Sie betrafen 1,53 Mio Container mit einer Fracht von 40,99 Mio Tonnen. In 2012 wurden 257.811 Zertifikate für 1,73 Mio Container mit einer Fracht von 45,92 Mio Tonnen erstellt. Material, das über Hongkong China erreicht, sind in diesen Zahlen nicht berücksichtigt.

Der bedeutendste Sekundärrohstoff, den China importiert, ist Altpapier. Sein Volumen hat bei CCIC einen Anteil von 62 Prozent, gefolgt von Kunststoffabfällen mit knapp 18 Prozent sowie gemischten Abfällen mit 9 Prozent.

Nicht-Eisen-Metalle haben einen Anteil von 8 Prozent, Schlacken aus der Eisen- und Stahlproduktion von 2 Prozent und Stahlschrott von etwas weniger als einem Prozent. Der Anteil von Textilabfällen beträgt 0,8 Prozent.

Bei Altpapier erteilte CCIC im Jahr 2012 77.000 Zertifikate für 25,78 Mio Tonnen Material, das in 1,13 Mio Containern China erreichte. Bei Stahlabfällen waren es 1.830 Zertifikate, 7.700 Container und 2,11 Mio Tonnen Material, während bei Nicht-Eisen-Abfällen knapp 49.000 Zertifikate ausgestellt und 2,25 Mio Tonnen Material in 104.000 Containern transportiert wurden.

Deutlich über 50 Prozent der Fälle, in denen die Qualitätsanforderungen nicht erreicht wurden, betrafen Altkunststoffe, gefolgt von Nicht-Eisen-Abfällen mit 17 Prozent, gemischten Abfällen mit 13 Prozent sowie Altpapier mit 9 Prozent. Der Grund, weshalb die Anforderungen an das Material nicht erfüllt wurden, war in über 50 Prozent der Fälle das nicht Erreichen der Standards, in 20 Prozent der Fälle bestanden Gesundheitsgefahren und in 9 Prozent waren die Dokumente nicht korrekt. Weitere Gründe waren überhöhte Radioaktivität (5 Prozent), medizinische Abfälle (4 Prozent) und verbotene Abfälle (2 Prozent).

Weitere Kritik an verpflichtender Zertifizierung in Drittstaaten

Überlegungen der EU-Kommission, wonach Sekundärrohstoffe weltweit nur noch an zertifizierte Recyclinganlagen exportiert werden dürfen, stießen bei der Frühjahrstagung des Bureau of International Recycling (BIR) in der vergangenen Woche in Shanghai auf heftige Kritik. Christian Rubach, Vorsitzender der BIR-Fachsparte Stahlschrott fürchtet erhebliche Auswirkungen auf die Recyclingwirtschaft.

Die Idee, die hinter diesem Vorschlag stehe, höre sich gut an: Europäische Sekundärrohstoffe sollen in keinem Land der Welt unterhalb der europäischen Standards für Umwelt, Arbeit und Gesundheit recycelt werden. Tatsächlich handele es sich dabei jedoch um nichts anderes als Protektionismus, so Rubach. Eine solche industrieunfreundliche Politik der Exportbarrieren via Zertifizierungen würde zu einem Absinken der Preise für Stahlschrott um 30, 40 oder 50 Prozent führen. Außerdem würden Nicht-EU-Staaten Gegenmaßnahmen ergreifen. Die geringeren Preise würden zu einem Rückgang des Recyclings in der EU führen. Es käme zu einem Handelskrieg, der allen schaden würde. Die EU-Kommission hatte die Studie zur Einführung von Standards zur Zertifizierung 2011 in Auftrag gegeben. Der Abschlussbericht wurde im November 2012 vorgelegt. Die Bundesvereinigung Deutscher Stahlrecycling- und Entsorgungsunternehmen (BDSV) sowie die Europäische Föderation der Entsorgungswirtschaft (FEAD) haben bereits im März und April auf die Studie reagiert und sich ebenfalls deutlich gegen ein Zertifizierungssystem für Recyclinganlagen in Drittländern ausgesprochen.

Die Studie ist für kurze Zeit unter www.euwid-recycling.de/doku zu finden.

Kurz berichtet

Der chinesische Papierhersteller Nine Dragons setzt seinen Expansionskurs fort. Die Produktionskapazität werde im laufenden Jahr auf 13,5 Mio Tonnen steigen und im Jahr 2016 15 Mio Tonnen erreichen, sagte die Gründerin und Leiterin der Unternehmensgruppe, Cheung Yan, anlässlich der Verleihung des Papyrus-Preises des Bureau of International Recycling (BIR) in Shanghai. Mit dem Preis ehrt das BIR Personen, Unternehmen oder Organisationen für herausragende Beiträge zum Recycling von Papier.

Importkontrollen Chinas erneuern Wunsch nach Abfallende-Verordnung für Altpapier

„Recyceltes Altpapier darf nicht länger als Abfall angesehen werden“

In der Recyclingwirtschaft gibt es weiterhin den Wunsch, Altpapier in einem frühen Stadium aus dem Abfallregime zu entlassen. Dies machte Ross Bartley, Technik- und Umweltdirektor des Bureau of International Recycling (BIR), bei der Frühjahrstagung seiner Organisation in der vergangenen Woche in Shanghai deutlich. Auch wenn der Vorschlag der EU-Kommission nicht perfekt erscheine, hält Bartley die Schaffung einer Abfallende-Verordnung für Altpapier auf europäischer Ebene für wünschenswert. Von der EU-Kommission habe er die Auskunft erhalten, dass der Entwurf in den nächsten Wochen an den Rat weitergeleitet werden solle.

Die Abfallende-Verordnung fand im Sommer letzten Jahres im Ausschuss zur Anpassung an den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt (TAC) keine Mehrheit. Wesentlicher Punkt für das Scheitern war die Einbeziehung von Getränkekartons in das Abfallende-Verfahren, die insbesondere vom Bundesumweltministerium kritisiert wurde. Trotz der Ablehnung im TAC kann die Kommission das Legislativverfahren weiterführen und hat eine Überweisung an den Rat „innerhalb der nächsten Wochen“ bereits mehrfach angekündigt.

Die Forderung, erfasst Altpapier, welches erste Verarbeitungsschritte durchlaufen hat und bestimmte technische und ökologische Anforderungen erfüllt, den Produktstatus zuzuerkennen, hat angesichts der „Operation Green Fence“ Chinas an Aktualität gewonnen. Seit Februar achten die chinesischen Behörden auf die strikte Einhaltung bestehender Qualitätsvorgaben an sekundäre Rohstoffe und gehen gegen illegale Abfallimporte vor. Getragen werden die Maßnahmen durch die chinesische Zollverwaltung GACC (General Administration of China Customs). Wie Rajit Baxi, ehemaliger Präsident der Altpapier-Abteilung des BIR, zeigte, sind die Qualitätsvorgaben, deren Einhaltung China fordert, nicht neu. Bereits im Jahr 2008 hat die Umweltschutzbehörde NEPA eine Aufstellung von Materialien veröffentlicht, die im Altpapier nicht enthalten sein dürfen, darunter alte Tapeten, Wachspapier, Kohlepapier und selbstklebendes Papier.

Daniel Guillanton von der französischen Sita Négoce sagte in Shanghai, für ihn habe die Frage des Abfallendes von Altpapier zunächst keine große Bedeutung gehabt. Er habe seine Meinung jedoch geändert, gerade wegen der Art und Weise, wie die Behörden auf das Material schauen. Außerdem hätten die Abfallende-Kriterien auch Rückwirkungen auf die Beschaffungsseite. Derzeit gebe es keine gesetzliche Unterscheidung zwischen unverarbeitetem und für den unmittelbaren Einsatz in der Papierproduktion ungeeignetem Altpapier einerseits sowie verarbeitetem Altpapier, das bestimmte Spezifikationen erfüllt, andererseits. Recyceltes Altpapier dürfe nicht länger als Abfall angesehen werden. Thomas Braun, Generaldelegierter der BIR Paper Division und Geschäftsführer des Bundesverbands Sekundärrohstoffe und Entsorgung (bvse), betonte dabei die Bedeutung der Altpapierunternehmen innerhalb der Papierkette.